

Prof. emer. Dr. Kurt Düwell, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Rede anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen vor Mitgliedern der

Deutsch-Britischen Gesellschaft, Arbeitskreis Düsseldorf

am 14. September 2006 im Goethe-Museum, Schloss Jägerhof, Düsseldorf

“Operation Marriage”

Die britische Geburtshilfe bei der Gründung Nordrhein-Westfalens

Als Queen Elizabeth II. vor zwei Jahren bei ihrem Staatsbesuch in Deutschland auch dem Land Nordrhein-Westfalen eine Visite abstattete und Landtagspräsident Ulrich Schmidt und das Kabinett sie hier im Landesparlament in Düsseldorf feierlich willkommen hießen, war dies ein Anlass vielfältiger historischer Reminiszenzen zu den deutsch-britischen Beziehungen im Allgemeinen und zu den britisch-nordrhein-westfälischen Verbindungen im Besonderen. Denn aufs Jahr genau vor 350 Jahren hatte auch der englische König Karl II. dem Kurfürsten Philipp Wilhelm in der jülich-bergischen Residenz- und Landeshauptstadt Düsseldorf unter festlichen Ehrungen einen Besuch gemacht. Und mehr noch wurde beim Besuch der Queen vor zwei Jahren auch schon des britischen Anteils an der Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen vor nunmehr sechzig Jahren gedacht. Wir können dies in diesem Jahr mit noch direkterem Bezug tun, denn am 1. August 1946 wurde dem von der britischen Militärregierung gerade eine Woche zuvor zum Ministerpräsidenten ernannten Rudolf Amelunxen offiziell mitgeteilt:

“The new land will comprise the existing provinces of Nordrhein and Westfalen. Its capital will be Düsseldorf.”¹

Wenn hier schon von einer “existing province” Nordrhein gesprochen wurde, so lag diese “Provinzgründung” aber gerade erst ein Jahr zurück, denn sie war von den Briten erst am 21. Juni 1945 verfügt worden. An diesem Tag war nämlich die ehemalige preußische Rheinprovinz, die im Süden bis Saarbrücken reichte, in einen nördlichen Teil, der der britischen Besatzungszone angehören sollte, und in einen südlichen Bereich, der der französischen Zone zugewiesen wurde, geteilt worden. Und so wie die britische Militärregierung im Norden wenige Wochen zuvor verfahren war, handelte kurz darauf im Süden die französische Militärverwaltung mit ihrer Ordonnanz Nr. 57 in ähnlicher Weise, als sie am 30. August die Gründung eines Landes Rheinland-Pfalz anordnete und bestimmte, dass dessen Hauptstadt Mainz sein sollte.

Diese beiden Entscheidungen der Militärregierungen prägten die politische Nachkriegskarte Westdeutschlands in nachhaltiger Weise, wobei das zügige Handeln

¹ Vgl. Clemens von Looz-Corswarem, Landeshauptstadt, in: Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon, Düsseldorf 1993, S. 251 und Rolf Steininger (Hg.), Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten. Düsseldorf 1988, Dok. 225, S. 958.

der französischen Besatzungsmacht vielleicht als noch überraschender angesehen werden kann als die Aktion der britischen Militärbehörden. War doch die von den Franzosen vorgenommene Zusammenfassung der ehemaligen und z.T. gegensätzlich strukturierten bayerischen und hessischen Territorien des deutschen Südwestens mit den beiden preußischen Südbezirken der ehemaligen Rheinprovinz ungewöhnlicher und revolutionärer als die Fusion der strukturell eher homogenen preußischen Nordbezirke des Rheinlands mit den Gebieten der sehr ähnlich gegliederten ehemaligen preußischen Provinz Westfalen. Das galt z.T. auch für die von den Franzosen entschiedene Hauptstadt Mainz, deren Funktion als ehemalige Landeshauptstadt schon seit über hundertfünfzig Jahren kaum noch eine Rolle gespielt hatte. Mainz und Rheinhessen wurden schon lange vom ehemaligen großherzoglichen Hessen-Darmstadt aus regiert, während die preußische Beamtenstadt Koblenz als Sitz des Oberpräsidenten der Rheinprovinz und eigener Regierungsbezirk immerhin noch bis 1945 eine relativ starke administrative Tradition besaß und als staatlicher Verwaltungsmittelpunkt den Menschen in den mittel- und oberrheinischen Gebieten noch frisch in Erinnerung geblieben war. Mainz hatte es dagegen zunächst sehr schwer, eine neue Tradition als staatlicher Mittelpunkt zu begründen.

Demgegenüber stellten die britische Entscheidung zur Gründung Nordrhein-Westfalens und die Einsetzung der Landeshauptstadt Düsseldorf vor allem unter wirtschaftspolitischen und -organisatorischen Gesichtspunkten, die in der Notlage der Nachkriegszeit bestimmend waren, eine schlüssige Lösung dar. Diese Entscheidung entsprang auch dem britischen Wunsch, in der zwischen den Alliierten umstrittenen Ruhrfrage vollendete Tatsachen zu schaffen. Schon vor der eigentlichen Landesgründung suchte sich das Londoner Kabinett der zweifelhaften Ansprüche Moskaus und der französischen Regierung auf eine Internationale Ruhrkontrolle oder gar der Schaffung eines Ruhrstaats, wie ihn Frankreich zunächst forderte, zu erwehren. Wie die sowjetische Regierung, die in ihrer Besatzungszone keinen Einfluss der Westmächte duldete, suchte die britische Regierung auch die Sowjetunion von jeder Einwirkung auf die politische und wirtschaftliche Gestaltung des britisch besetzten Teils Deutschlands auszuschließen. Sie griff sogar, worauf noch einzugehen sein wird, auf Pläne zu einer Sozialisierung des Ruhrgebiets zurück, um damit weitergehenden sowjetischen Ansprüchen entgegen zu treten. Ja, die Gründung Nordrhein-Westfalens war selbst in erheblichem Maß der erfolgreiche Versuch der britischen Regierung, in ihrer nordwestdeutschen Besatzungszone über die künftige Wirtschaftsordnung und die Strukturen der Industrie allein zu entscheiden, vor allem aber die Forderung Moskaus im Alliierten Kontrollrat auf Mitbestimmung über Demontagen und Reparationen im rheinisch-westfälischen Montanbereich entschieden zurückzuweisen. Dies war für die britische Regierung ein Hauptmotiv. Die Briten hatten schon am 22. Dezember 1945 den Kohlenbergbau an der Ruhr beschlagnahmt und zu seiner Leitung eine britische Treuhandverwaltung eingesetzt. Und parallel zur Gründung des neuen Landes war am 20. August 1946 auch die Eisen- und Stahlindustrie in der britischen Zone beschlagnahmt und ebenfalls einer Treuhandverwaltung der Briten unterstellt worden. Diese beiden Besatzungsorgane, die Coal Control Group und die North German Iron and Steel Control, spielten besonders in den Plänen der Briten und der Amerikaner eine wichtige Rolle und wurden 1946/47, wie noch zu zeigen sein wird, erstmals durch eine deutsche Auftragsverwaltung ergänzt. Und in diesem Zusammenhang ist auch die britische Wahl Düsseldorfs als Landeshauptstadt besser zu verstehen.

Diese britische Entscheidung für Düsseldorf als Landeshauptstadt hing weniger damit zusammen, dass die Stadt schon seit dem 15. Jahrhundert eine lange Tradition als Residenz- und Verwaltungshauptstadt des Herzogtum Berg bzw. der Vereinigten Herzogtümer Jülich, Kleve und Berg sowie zeitweise auch der Grafschaften Mark und Ravensberg entwickelt hatte, und sie war wohl auch weniger direkt darauf zurückzuführen, dass im 19. Jahrhundert hier der Provinziallandtag und die provinzielle Selbstverwaltung des preußischen Rheinlands und auch die Verwaltung des bevölkerungsreichsten Regierungsbezirks Preußens ihren Sitz hatten, sondern sie rührte wohl in erster Linie aus zwei anderen, sehr praktischen Tatsachen und Gründen her, die den Briten wichtig waren:

(1) Die Stadt war, obwohl schwer beschädigt, durch den Krieg doch nicht ganz so stark zerstört worden wie z.B. Essen oder Köln. Sie besaß noch eine Reihe brauchbarer öffentlicher Bauten, die auch für die Besatzungsbehörden von Nutzen sein konnten. Diesen Vorteil verdankte Düsseldorf übrigens einer mutigen Aktion des Polizeioberstleutnants Jürgens und dreizehn Düsseldorfer Bürgern, die am 16. April 1945 unter Einsatz ihres Lebens - Jürgens und vier weitere wurden nach einem nationalsozialistischen Standgerichtsurteil erschossen - die kampflose Übergabe der Stadt an die Amerikaner durchsetzen konnten und so einem wahrscheinlichen Bomber-Großangriff der Alliierten zuvorkamen. Andernfalls hätte die Stadt, wie noch zwei Tage zuvor Potsdam, noch schwereren Schaden nehmen können.

(2) Düsseldorf war ohnehin schon ein administrativer Mittelpunkt auch für die deutsche Schwerindustrie. Hier hatten mit der sog. Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDESI) und mit den Hauptverwaltungen der Vereinigten Stahlwerke, der Mannesmann AG., des Phoenix, des Stummschen Montanunternehmens und anderer Hütten- und Walzwerke eine Reihe von Großkonzernen und -verbänden ihren traditionellen Sitz, so dass die Bezeichnung "Schreibtisch des Ruhrgebiets" eine wirtschaftliche Mittelpunktfunktion Düsseldorfs anzeigte, die zugleich auch für die Besatzungsmacht und ihre wirtschaftlichen Kontrollziele gegenüber der deutschen Industrie ein wichtiges Instrument bedeutete.

In diesem Zusammenhang, das sei hier noch als letzte historische Reminiszenz erwähnt, wurde in Düsseldorf auch gern darauf verwiesen, dass mit dem britisch-irischen Gründungs- und Pionierunternehmer William Thomas Mulvany (1806-1885) von Düsseldorf aus mit dessen englischen Bergbauexperten seit den 1850er Jahren große industrielle Transaktionen im rheinisch-westfälischen Revier getätigt worden waren, womit dieser innovative Großinvestor die Entwicklung der Ruhrindustrie nicht unwesentlich mit bestimmt hat. Wie William O. Henderson und Ernest James Passant schon 1959 festgestellt haben, sind noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts mindestens 19 englische Bergbaugesellschaften im Rhein-Ruhr-Bereich gegründet worden². Es war Mulvany, der seit den 1850er und frühen 1860er Jahren von seiner Unternehmenszentrale in Düsseldorf aus die nordenglische Bergbautechnik ins Ruhrgebiet brachte und mittels der neuen sog. Tubblings die erheblich größeren Teufen der Zechen im Gebiet nördlich der Emscher ermöglicht hat. Wiederum war es

² Vgl. die deutsche Ausgabe: E.J. Passant/W.O. Henderson, Germany 1815-1945. Deutsche Geschichte in britischer Sicht. Berlin 1962, S. 84.

im wesentlichen Mulvany, der 1871 in Düsseldorf den sog. Langnamverein d.h. den "Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" gegründet hat, der dann ein wichtiges Verbandsorgan der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wurde. Auch Mulvanys epochemachende vertikale Kombination von Bergbau- und Hüttenunternehmen in der Ende der 1850er Jahre von ihm gegründeten Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG (PBHAG) stellte ein Zukunftsmodell dar, das ihm dann allerdings durch die Gründerkrise von 1873 entglitt, aber 1877 mit Hilfe der Berliner Handelsgesellschaft und des Bankiers Bleichröder in anderer Form fortgeführt werden konnte³. Die Gesellschaft war in England als Prussian Mining and Iron Works Company wohl bekannt. Und diese "Preussag" hat dann bis in unsere jüngste Gegenwart - ihre Hauptverwaltung sitzt freilich inzwischen an anderen Standorten (Berlin, Hannover) - hundertfünfzig Jahre lang Bestand gehabt. Mulvany war auch ein wichtiger Mitgründer der Rheinisch-Westfälischen Börse in Düsseldorf und ein Pionier der großen deutschen Hafen- und Kanalbauprojekte der 1880er Jahre. Auch für die deutsch-britischen Handelsbeziehungen waren die Aktivitäten Mulvanys über seinen Tod 1885 hinaus von nachhaltiger Wirkung.

All diese Zusammenhänge veranlassten die Briten in den ersten beiden Jahren unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wegen der wirtschaftlichen Bedeutung von Kohle und Stahl, sowohl für die deutschen Reparationslieferungen als auch für die Versorgung der deutschen Bevölkerung, den in Düsseldorf traditionell zentrierten Leitungs- und Verbandsmechanismus der Schwerindustrie zu Kontrollzwecken zu nutzen. So besetzten die Briten den Stahlhof und das Walzstahlhaus und übernahmen auch das Atlantikhaus der Oberfinanzdirektion in der Kavalleriestraße und andere Gebäude für ihre Besatzungsbehörden. Am 20. August 1946 wurde, wie schon angedeutet, die North German Iron and Steel Control Group (NGISC) gegründet, die von dem Briten William Harris-Burland und seinem Stellvertreter George Ernest Cusworth geleitet wurde⁴. Doch wurde dieses Beschlagnahmeinstrument z.T. wieder dadurch von den Briten gemildert, dass sie am 5. Oktober 1946 unter der NGISC als deutsche Auftrags- und Beratungsorganisation eine deutsche Treuhandverwaltung einsetzten, die sie der Leitung des früheren Vorstandsmitglieds der Vereinigten Stahlwerke AG., Heinrich Dinkelbach, übertrugen. Als Dinkelbachs "Adlatus" und Leiter des Sekretariats und der Rechtsabteilung der Treuhandverwaltung in Düsseldorf wurde übrigens kein Geringerer als der junge Wirtschaftsjurist Dr. Gerhard Schröder, der spätere Bundesminister in den Kabinetten Adenauer, Erhard und Kiesinger, bestellt⁵. Schröder hatte u.a. in Edinburgh studiert. Er war durch seine erste Nachkriegstätigkeit beim nordrheinischen Oberpräsidenten Robert Lehr schon mit den britischen Führungsstäben bekannt geworden⁶.

Welche wirtschaftlichen und politischen Ziele verfolgten die Briten an der Ruhr? Der britische Economic and Industrial Planning Staff (EIPS) hatte ursprünglich 1944 dafür

³ Vgl. Wolfhard Weber, Entfaltung der Industriewirtschaft, in: W. Köllmann, H. Korte, D. Petzina, W. Weber (Hg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 231 und Olaf Schmidt-Rutsch, William Thomas Mulvany, Köln 2003, S. 141 f.

⁴ Vgl. auch Isabel Warner, Steel and Sovereignty. The Deconcentration of the West German Steel Industry 1914-1954, Mainz 1996, S. 59 f.

⁵ Vgl. Torsten Oppelland, Gerhard Schröder (1910-1989), Düsseldorf 2002, S. 163 ff.

⁶ Ebd.

plädiert, „einige Organe der zentralen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland für eine bestimmte Zeit nach der Beendigung der Feindseligkeiten bestehen zu lassen.“⁷ Doch auf der Potsdamer Konferenz hatten sich die drei großen Mächte darauf geeinigt, das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren. Die deutsche Wirtschaft war aber so hochgradig durchorganisiert, dass eine Entflechtung außerordentlich schwierig sein würde - so schwierig, wie es schon am 7. November 1945 im EIPS geheißen hatte, als ob man den Top Liner „Queen Mary“ „in eine Flotte von Fischerbooten“ zerlegen wollte⁸. Dies war für die Briten ein Grund dafür gewesen, die deutsche Kohlen-, Eisen- und Stahlwirtschaft nicht ganz aufzusplitteln, sondern sie zu beschlagnahmen und unter britische Treuhandschaft zu stellen. Es ist also schon nach sechs Wochen am 5. Oktober 1946 zur Einsetzung der deutschen Auftragsverwaltung unter britischer Aufsicht gekommen. Von hier fand schließlich später, am 1. September 1949, mit der Durchführungsverordnung Nr. 2 zum Gesetz Nr. 75 der britischen Militärregierung der Übergang in die deutsche Stahltreuhändervereinigung statt, die der deutschen Seite nach der Zeit der Beschlagnahmen die Rückgabe des schwerindustriellen Besitzes brachte⁹.

Schwieriger stellt sich die deutsch-britische Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften dar, worauf hier nur kurz eingegangen werden kann. Mit der Einrichtung des CCG/BE im Juli 1945 war eine sog. Manpower Division eingerichtet worden. Zu ihr gehörte eine Industrial Relations Branch, deren Labour Officers die Vorarbeiten für den Wiederaufbau demokratischer Gewerkschaften zunächst auf der Ortsebene begleiten sollten. Es gab aber auf der britischen Seite keine zügige Planung, weil zwischen Vertretern des britischen Trade Unions Congress (TUC), dem Deutschlandministerium Hynd's und der Manpower Division vor der Gründung Nordrhein-Westfalens noch keine Einigung in der Gewerkschaftsfrage erzielt werden konnte. Wie aber die kürzlich abgeschlossene Düsseldorfer Dissertation von Frau Anja Ingenbleek über die britische Gewerkschaftspolitik in der britischen Besatzungszone zeigt, wurden auf Hynd's Forderung nach „expert guidance“ sowohl Vertreter des TUC als auch Berater der Landesgruppe exilierter deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und in Deutschland verbliebener Gewerkschaftsexperten zu Rate gezogen. Dabei kann Anja Ingenbleek nachweisen, dass die schließliche Bildung von Industriegewerkschaften 1947 und die Gründung des DGB 1949 nicht nur auf britische Pläne, sondern auch auf deutsche gewerkschaftliche Expertisen aus der Zeit der Weimarer Republik zurückgingen. Sie waren der britischen Seite u.a. von Hans Gottfurcht, dem Vorsitzenden der exilierten Landesgruppe deutscher Gewerkschafter und anderen deutschen Fachleuten vermittelt worden¹⁰.

Die hier erkennbare Strategie der britischen Militärregierung, möglichst mit vorhandenem, politisch unbelastetem deutschen Fachpersonal zusammenzuarbeiten und pragmatisch an schon bestehende deutsche Verwaltungs- und Managementstrukturen anzuknüpfen, zeigt sich auch bei der eigentlichen „Operation

⁷ Vgl. Rolf Steiniger (Hg.), Die Ruhrfrage 1945/46 (wie Anm. 1), S. 16, zit. nach Hans-Adolf Jacobsen, Der Weg zur Teilung der Welt, Koblenz/Bonn 1977, S. 395 f.

⁸ Rolf Steiniger (Hg.), Die Ruhrfrage 1945/46 (wie Anm. 1), S. 78.

⁹ Helmut Uebbing, Stahl schreibt Geschichte. 125 Jahre Wirtschaftsvereinigung Stahl. Düsseldorf 1999, S. 213 f.

¹⁰ Vgl. Anja Ingenbleek, Die britische Gewerkschaftspolitik in der britischen Besatzungszone 1945-1949. Diss. (Ms.) Univ. Düsseldorf 2006.

Marriage” d.h. bei der Vereinigung der “Nordrheinprovinz” mit Westfalen. Dabei suchten die Briten in Westfalen auch die Tradition der alten provinziellen Selbstverwaltung stärker zu wahren als im nördlichen Rheinland, indem sie in Westfalen schon im Juni 1945 den ehemaligen preußischen Provinzialverband unter Landeshauptmann Bernhard Salzman wieder einsetzten bzw. fortbestehen ließen. Die Tradition der kommunalen Selbstverwaltung hatte sich in Westfalen sogar gegenüber der staatlichen Verwaltung des Oberpräsidenten behaupten können, während unter dem Oberpräsidium von Nordrhein (Johannes Fuchs, Robert Lehr) die staatliche Verwaltung die provinzielle Selbstverwaltung fast ganz zu absorbieren verstand, so dass diese provinzielle Selbstverwaltung im nördlichen Rheinland nach 1945 zunächst kaum noch bestand. Doch ist die britische Militärregierung dann auch in Nordrhein auf dieses alte Provinzialinstitut zurückgekommen. Interessant ist, wie dies geschah: Die Briten haben nämlich zwischen Dezember 1945 und Mitte Februar 1946 durch die Einsetzung zweier Provinzialratsgremien, deren Mitgliederzahl stufenweise bis auf je 100 für Nordrhein und Westfalen erhöht wurde, die Vorstufe für einen gemeinsamen Landtag von 200 Abgeordneten für das neue Land Nordrhein-Westfalen geschaffen¹¹.

Die Briten haben damit einen ernannten, also einen noch nicht gewählten Landtag eingesetzt. Dadurch wurde zunächst noch einmal an preußische Verwaltungsstrukturen angeknüpft, bevor dann die ehemaligen preußischen Provinzen am 23. August 1946 in der britischen Zone aufgehoben wurden. Im Unterschied zu den Provinzialverbänden, den späteren Landschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen, sind aber in den übrigen ehemaligen preußischen Provinzen diese Verbände nicht wieder belebt worden, so dass beide Landschaftsverbände bis heute die einzigen ihrer Art in den ehemaligen preußischen Gebieten geblieben sind. Andererseits hat die von den Briten nach ihrer eigenen Tradition geschaffene neue kommunale “Doppelspitze” von Mayor und Town Clerk, also Bürgermeister und Stadtdirektor, in Deutschland seit den 1990er Jahren keinen Bestand mehr gehabt.

Es ergeben sich hier folgende Fragen: Wie kamen, speziell bei der Gründung des neuen Landes, die britischen Entscheidungen zustande? Wurde die deutsche Seite um ihre Meinung gefragt? Welche deutschen Gegenvorschläge gab es? Und wie stand es um die Abstimmung der Alliierten untereinander? Hier einige Anmerkungen zu diesen Fragen:

Die Grundlinien der alliierten Deutschlandpolitik waren 1944/45 zunächst nur zwischen Washington, London und Moskau vereinbart worden. Auf den Kriegskonferenzen von Jalta (Februar 1945) und Potsdam (Juli/August 1945) war Frankreich nicht vertreten. Die Franzosen fühlten sich daher von den drei Hauptalliierten USA, Sowjetunion und Großbritannien übergangen. Aber Frankreich erhielt nach Jalta in Deutschland eine eigene Besatzungszone zugesprochen. Die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Juni 1946 von der britischen Besatzungsmacht entschieden wurde, war insofern u.a. auch ein Ergebnis der nachträglichen Einrichtung einer französischen Zone, die aus Teilen der US-Zone und der britischen in Südwestdeutschland zusammengesetzt werden musste. Mit der Teilung der alten preußischen Rheinprovinz am 20. Juni 1945 hatten die

¹¹ Vgl. Jürgen Brautmeier, Der Weg zum Landesparlament. Die Provinzialräte der Nord-Rheinprovinz und Westfalens 1945/46. In: Geschichte im Westen 1 (1986), S. 31-52.

Besatzungsmächte sich darauf geeinigt, die beiden südlichen preußischen Regierungsbezirke Koblenz und Trier sowie das Saargebiet unter die Kontrolle der französischen Besatzungsmacht zu stellen. Die nördlichen Teile der alten Rheinprovinz mit den Regierungsbezirken Aachen, Köln und Düsseldorf wurden von den Briten am 21. Juni 1945 als neue Nordrhein-Provinz unter dem Oberpräsidenten Johannes Fuchs konstituiert. Fuchs wurde aber schon im Oktober 1945 von den Briten wieder entlassen und statt seiner der frühere Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr ins Oberpräsidium Nordrhein eingesetzt. Lehr verfolgte zunächst sogar den kühnen Gedanken, die alte Rheinprovinz wieder herzustellen, weil er dadurch den industriellen Kern des nördlichen rheinischen Teils mit Düsseldorf, Duisburg, Essen, Oberhausen und Mülheim, aber auch die industrielle bergische Städtereion um Wuppertal, mit dem agrarischen Süden der alten Provinz wiedervereinigen wollte, um so die Lebensmittelversorgung des Industriegebiets vom agrarischen Süden her besser zu sichern¹². Dieser Weg war aber nicht gangbar, weil er die gesamte Deutschlandplanung der Alliierten mit ihrer Festsetzung der Besatzungszonen wieder durcheinander gebracht hätte.

So entstand auf britischer Seite ein Gedanke, den besonders der stellvertretende Militärgouverneur Sir Brian Robertson verfolgte, nämlich der Plan, das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet ungeteilt zu erhalten und es mit den agrarischen Gebieten des Münsterlandes und Ostwestfalens zu einem neuen Land zu verbinden, um auf diese neue Weise die Versorgung des menschenreichen Industriegebiets, die sehr gefährdet schien, doch noch einigermaßen zu gewährleisten. Der britische Deutschlandminister John B. Hynd opponierte zwar gegen diese Pläne, weil er mit der "großen Lösung" ein "neues Preußen" entstehen sah¹³, wurde aber überstimmt. Außenminister Ernest Bevin, aber auch John Morton Troutbeck, der Leiter der Deutschlandabteilung im Foreign Office, Sir Sholto Douglas, der britische Oberbefehlshaber in Deutschland, sein Stellvertreter Sir Brian Robertson, auch der britische Regional Commissioner William Asbury und die meisten Mitglieder der britischen Militärregierung hielten den am 21. Juni 1946 zunächst noch geheimen Plan zur Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen für die beste Lösung. Auch die nachträglichen Bedenken von Sir William Strang, dem Berater des britischen Oberbefehlshabers in Deutschland, hatten auf die einmal getroffene Entscheidung keinen Einfluss mehr.

Auf der deutschen Seite, die dann am 17. Juli in Berlin informiert wurde, war die Meinung allerdings nicht ganz so klar: In Westfalen ist dieser britische Plan, die sog. Große Lösung, wie es in London hieß, zunächst auf keine große Gegenliebe gestoßen, denn in Münster und Bielefeld hofften besonders die Träger der dort erhalten gebliebenen provinziellen Selbstverwaltung darauf, innerhalb der britischen Zone zu einem eigenständigen Land Westfalen erhoben zu werden und bei dieser Gelegenheit gleich auch noch die altwestfälischen, schon auf dem Wiener Kongress 1815 an Hannover verlorenen Gebiete um Osnabrück und Melle, dann auch mit den später, 1856, gegründeten Eisenwerken von Georgsmarienhütte, wieder zurück zu erhalten. Aber auch dies gelang nicht, so dass der Oberstadtdirektor von Münster, Karl Zuhorn, und der Landesrat Helmut Naunin vom alten westfälischen Provinzialverband sich

¹² Beate Dorfey, Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945-1956), Köln 1993, S. 113 ff.

¹³ Vgl. Rolf Steininger (Hg.), Die Ruhrfrage (wie Anm. 1), S. 192 f.

schließlich in einer Denkschrift dafür aussprachen, die britischen Pläne zur Gründung eines Landes Nordrhein-Westfalen als “große” Lösung doch noch zu akzeptieren. Sie sahen diese rheinisch-westfälische “Hochzeit”, die “Operation Marriage”, sozusagen als Stiftung einer Vernunfthehe der beiden ehemaligen Landesteile an, die einander wirtschaftlich gut ergänzen würden. Insofern hatte der britische Brigadekommandeur John Barraclough, stellvertretender Chef der Militärregierung North Rhine, nicht ganz Unrecht, wenn er statt von “Hochzeit” unspektakulär einfach von “fuse” sprach¹⁴. Unter diesen Zweckmäßigkeitsgründen erschien auch eine nachträgliche Wiedervereinigung des südlichen mit dem nördlichen Rheinland, die ohnehin wegen der trennenden Zonengrenze kaum zu erreichen war, nicht mehr nötig, da nun als agrarische Basis für das Industriegebiet das Münsterland und Ostwestfalen zur Verfügung stehen würden. Nur im westfälischen Oberpräsidium unter Amelunxen bestand weiterhin Skepsis.

Die Briten hatten dagegen im Hinblick auf diese Lösung sogar am 25. März 1946 die deutschen Vertreter in dem am 15. Februar 1946 gegründeten Zonenbeirat nach ihrer Meinung gefragt. Das war 1946 ein Novum in der bisherigen britischen Deutschlandpolitik. Und schon am 10. April waren im Foreign Office Pläne zur Bildung eines neuen Landes, das das ganze Ruhrgebiet mit umfassen sollte, erörtert worden. Am 17. April 1946 hatte sich die britische Regierung entschlossen, diesen Weg weiter zu gehen. Und am 12. Mai war selbst Außenminister Bevin, der ursprünglich ein anderes Konzept vertreten hatte, zu dem neuen Plan “bekehrt” worden. Trotz dieser erkennbaren Veränderungen hoffte der westfälische Oberpräsident Amelunxen aber bis Juli 1946 immer noch auf die Schaffung eines separaten Landes Westfalen, sogar mit Teilen Süd-Oldenburgs, des Raums Osnabrück und mit Lippe. Wenn sich demgegenüber in der britischen Gruppe des Alliierten Kontrollrats (CCG-BE = British Element) schon Anfang Juni die “große Lösung”, also die Gründung Nordrhein-Westfalens, abzeichnete, so ist daraus abzulesen, wie wenig Einfluss die deutsche Seite in Wirklichkeit auf diese Entscheidung hatte und wie wenig sie darüber informiert war.

Inzwischen kam es auch noch zu einer anderen “großen Lösung” der Briten. Sie entschieden nun auch über die Gliederung der gesamten britischen Zone. Diese Entscheidung beließ es zwar bei der Erhaltung und Erhebung der früheren preußischen Provinz Schleswig-Holstein zum Land (wobei allerdings die unter dem Nationalsozialismus 1937 aufgehobene Eigenstaatlichkeit der früheren Freien und Hansestadt Lübeck nicht rückgängig gemacht wurde), beließ es auch bei der Eigenstaatlichkeit der Freien und Hansestadt Hamburg, fasste aber die früheren Territorien der ehemaligen preußischen Provinz Hannover und der früheren Mittel- und Kleinstaaten Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe zum neuen Land Niedersachsen zusammen. Was dabei aus dem zunächst noch fortbestehenden Kleinstaat Lippe(-Detmold) werden würde, blieb zunächst noch offen.

Dies alles kam für die deutsche Seite, auf der es noch keine einheitliche Meinungsbildung gab, Anfang Juli 1946 recht überraschend. Das galt insbesondere für die Gründung Nordrhein-Westfalens. Auch war die Auffassung der Deutschen im Zonenbeirat sehr geteilt, obwohl es schon in den Plänen zur Reichsreform in der Weimarer Republik u.a. auch Vorschläge gegeben hatte, die westlichen preußischen

¹⁴ Vgl. Rolf Steininger (Hg.), Die Ruhrfrage (wie Anm. 1) S. 199.

Provinzen Rheinland und Westfalen bei einer schon damals diskutierten Auflösung Preußens zu "Ländern neuer Art" zu erheben und so das Reich in kleinere Einheiten neu zu gliedern, wie es Hugo Preuß, der Vater der Weimarer Verfassung, schon 1918 vergeblich vorgeschlagen hatte. Ähnliche Pläne hatten in den späten zwanziger Jahren auch der Bund zur Erneuerung des Reiches unter dem ehemaligen Reichskanzler Hans Luther und der Republikanische Reichsbund unter der Leitung des Nürnberger Oberbürgermeisters Hermann Luppe entwickelt¹⁵. Auch Adenauer selbst hatte schon in den zwanziger Jahren, wie Karl Dietrich Erdmann und Henning Köhler gezeigt haben, ein Land Rheinland-Westfalen bzw. eine "Westdeutsche Republik" im Verbund des Deutschen Reiches als eine Möglichkeit zur Dezentralisierung Deutschlands im Falle einer Auflösung Preußens angesehen, die er auch selbst wünschte¹⁶. Die Briten hätten also ihren Plan einer "Operation Marriage" z.T. auf einige ältere deutsche Diskussionsvorschläge aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus stützen können. Doch scheinen ihnen diese deutschen Vorschläge aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg nicht bekannt gewesen zu sein - es sei denn vielleicht durch einige deutsche Emigranten, was aber noch näher zu prüfen wäre. In den britischen Papieren einschließlich derer des Sonderausschusses des Alliierten Kontrollrats (CCG-BE) für territoriale Neugliederung taucht jedenfalls eine solche Bezugnahme auf ältere deutsche Lösungsmodelle im Falle einer Auflösung Preußens nicht auf. Als sich daher am 21. Juni 1946 im Foreign Office das "Overseas Reconstruction Committee", wie Wolfgang Hölscher, Rolf Steininger und Clemens von Looz gezeigt haben¹⁷, für die Zusammenlegung des nördlichen Teils der ehemaligen Rheinprovinz mit der Provinz Westfalen entschied und dies von der Control Commission for Germany (British Element) am 4. Juli als definitive Lösung übernommen und am 17. Juli von ihr der Presse mitgeteilt wurde, war von ähnlichen früheren deutschen Plänen nicht die Rede.

Es hat aber auch, wie erwähnt, an anderen deutschen Gegenstimmen gegen die von den Briten getroffene "Gesamtlösung" nicht gefehlt. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, die Sozialdemokraten im Zonenbeirat, lehnten eine solche Lösung ab. Und auch in Westfalen war die Skepsis noch nicht gewichen. Man muss es daher als einen geschickten Schritt der britischen Militärregierung ansehen, dass sie, als es um die Ernennung des ersten, noch nicht gewählten, Ministerpräsidenten des neuen Landes Nordrhein-Westfalen ging, nicht den nordrheinischen Oberpräsidenten Robert Lehr einsetzte, der ohnehin schon in Düsseldorf saß und außerdem die britischen Pläne begrüßte und selbst schon zuvor ähnliche Vorschläge gemacht hatte, sondern dass die Briten ausgerechnet Rudolf Amelunxen, den westfälischen Oberpräsidenten, ernannten, der ursprünglich für Westfalen ganz andere Ziele verfolgt hatte. Die Briten versprachen sich von der Ernennung Amelunxens sehr wahrscheinlich in Westfalen eine größere Zustimmung zur Landesgründung. Am 22. Juli hatte sich die

¹⁵ Zu Luppe vgl. Kuno Ulshöfer, Hermann Luppe (1874-1945), in: Kurt A. Jeserich und Helmut Neuhaus (Hg.), *Persönlichkeiten der Verwaltung*, Stuttgart/Berlin 1991, S. 328 ff.

¹⁶ Karl Dietrich Erdmann, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966, S. 28 ff. und Henning Köhler, *Adenauer. Eine politische Biographie*. Berlin 1994, S. 103 ff. und 180 f.

¹⁷ Wolfgang Hölscher, *Gründung Nordrhein-Westfalens*, in: *Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon* (Redaktion: Anselm Faust u.a.). Düsseldorf 1993, S. 174 und Ders., *Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46*. Düsseldorf 1988, S. 33 sowie Rolf Steininger (Hg.), *Die Ruhrfrage 1945/46* (wie Anm. 1), S.194 und Dok. 195, S. 897 ff. und Clemens von Looz-Corswarem, *Landeshauptstadt Düsseldorf*, in: *Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon*, S. 251.

Militärregierung für Amelunxen entschieden, am 1. August 1946 wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt. Am 23. August bezog die neue Landesregierung, in der Amelunxen fünf seiner westfälischen Generalreferenten aus Münster als Minister mit nach Düsseldorf brachte, den Peter-Behrens-Bau der Mannesmann AG am Rheinufer als ersten Regierungssitz.

Wenn man berücksichtigt, dass demgegenüber kein Abteilungsdirektor aus dem nordrheinischen Oberpräsidium von den Briten als Minister ernannt wurde, so wird deutlich, dass es der Besatzungsmacht darauf ankam, in Westfalen eine feste Zustimmung zum neuen Land zu verankern. Dem entsprach auch die Erhaltung des Westfälischen Provinzialverbands, zu der es sonst in keinem ehemals preußischen Landesteil der britischen Zone eine ähnliche Beibehaltung gegeben hat und die erst danach dann zur Wiederbelebung auch des Rheinischen Provinzialverbands geführt hat. Damit war sozusagen eine Art "Westfälischer Frieden" geschaffen, in dem beide Landesteile seither unter dem staatlichen Dach Nordrhein-Westfalens ein gut nachbarliches Gemeinschaftsleben beginnen konnten. Doch besaß dieser neue Staat vorerst nur eine begrenzte Autonomie. Der erste frei gewählte Landtag von Nordrhein-Westfalen kam erst nach dem 20. April 1947 zustande, nachdem auch Lippe-Detmold dem Land Nordrhein-Westfalen beigetreten war. Danach löste Karl Arnold als frei gewählter Ministerpräsident den noch von den Briten eingesetzten Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen ab. Zwar hatte auch der zuvor nur erst ernannte Landtag schon mit der Verordnung Nr. 57 der Militärregierung vom 1. Dezember 1946 die Berechtigung erhalten, Gesetze zu erlassen, aber für solche Gesetze war stets die Zustimmung der Besatzungsmacht nötig. Das galt auch noch für die Jahre des gewählten Landtags bis 1949. So sind z.B. die Gesetze über eine Sozialisierung der Grundstoffindustrie vom 6. August 1948 und über eine Bodenreform in Nordrhein-Westfalen vom 5. November 1948 von der britischen Militärregierung mit der Begründung nicht genehmigt worden, dass damit künftigen Gesetzgebungsrechten eines westdeutschen Gesamtparlaments vorgegriffen würde¹⁸.

Dabei ist abschließend noch zu erwähnen, dass zwei Jahre zuvor Außenminister Bevin die Möglichkeit einer Sozialisierung der deutschen Montanindustrie noch offengehalten hatte. Denn nach dem sog. Vickers-Plan vom 3. April 1946 sollte die deutsche Schwerindustrie der Ruhr eventuell in öffentliches deutsches Eigentum, vergleichbar dem National Coal Board in Großbritannien, überführt und dazu eigens ein "neues Land" als öffentlicher Träger gegründet werden¹⁹. Die Kontrolle sollte bei der Besatzungsmacht liegen, allenfalls auch bei den drei westlichen Alliierten, auf keinen Fall aber mit Beteiligung der Sowjetunion geschehen. Das neue Land war Nordrhein-Westfalen. Aber der amerikanische Partner der Briten hat 1948 eine Sozialisierung der deutschen Montanindustrie strikt abgelehnt. London sah sich dadurch genötigt, 1948 die alten Pläne zu ändern und legte gegen das Projekt des Landtags von Nordrhein-Westfalen zur Überführung der Grundstoffindustrien in gemeinschaftlichen Besitz sein Veto ein. Der britische Hinweis an Ministerpräsident Arnold, dass eine Sozialisierung nur durch ein Gesetz des künftigen westdeutschen Zentralparlaments zustande kommen könne, war dabei eigentlich nur

¹⁸ Vgl. Ludwig Hügen, Das Gesetz „für die Wolfsschlucht“. Bodenreformpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945-1949, Essen 1991, S. 151 f. und allgemein Günter J. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945-1949, Stuttgart 1975, S. 132 f. sowie Ewald R. Hümmer, Bodenreform in den Westzonen, Würzburg 2000.

¹⁹ Vgl. Rolf Steininger (Hg.), Die Ruhrfrage 1945/46 (wie Anm. 1), S. 156 f.

eine Verbrämung des amerikanischen Einspruchs. Das neue Land hätte in dieser Frage 1948 auch noch nicht die gesetzgeberischen Möglichkeiten gehabt. Erst mit dem Parlamentarischen Rat und dem ersten Bundestag von 1948 bzw. 1949 wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen dann 1951 mit der sog. Kleinen Revision des Besatzungsstatuts die Voraussetzungen für eine autonomere deutsche Gesetzgebung möglich wurden. Inzwischen war aber eine Sozialisierung nicht mehr aktuell - weder auf Seiten der westlichen Alliierten, noch auf deutscher Seite.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die britische Strategie, die sich auf eine Abwehr sowjetischer Ansprüche auf das Ruhrgebiet und dessen Kontrolle richtete, längst bewährt. Selbst der Sozialisierungsplan der Briten von 1946 erweist sich so mindestens teilweise auch als ein taktisches Mittel, die Sowjets zu beschwichtigen und Zeit zu gewinnen. Auch John Troutbeck, der Leiter der Deutschlandabteilung im britischen Außenministerium, hatte am 28. Mai 1946 die bevorstehende "große Lösung" einer Landesgründung unter dem Gesichtspunkt der Abwehr des Kommunismus gesehen, wenn er in einer von Bevin abgezeichneten Notiz schrieb:

"A small province composed of nothing but a heavily populated industrial area would be more prone to Communism than a larger province with a mixed population."²⁰

Die seit Februar 1946 deutlich hervorgetretene britische Furcht vor einer kommunistischen Unterwanderung und Agitation an der Ruhr war in London eines der Motive gewesen, das Land Nordrhein-Westfalen zu gründen, um in diesem Industriegebiet vollendete Tatsachen zu schaffen. Heute, sechzig Jahre danach, ist dieses Motiv, das typisch für den damals sich abzeichnenden Kalten Krieg war, vielleicht kaum noch zu verstehen. Das ändert aber nichts an der damaligen Bedeutung dieses Faktors.

Konnten die Briten aber auch im Hinblick auf die deutsche Seite mit einer Akzeptanz für eine solche Lösung rechnen? Wie Orme G. Sargent, Permanent Under-Secretary of State am 2. Dezember 1946 in einem Memorandum für Außenminister Ernest Bevin notierte, war die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen für Großbritannien, verglichen mit anderen Lösungen, gewiss der sicherere Schutz vor einem Wiederaufleben deutscher Machtambitionen. Seine Überlegungen enthielten aber auch einige skeptische Aspekte gegenüber der Überzeugungskraft wirtschaftlicher Argumente, die dabei eine Rolle gespielt hatten. Orme Sargent schrieb, und das sei als ein ausführlicheres Zitat hier wiedergegeben:

"It is sometimes tempting to console oneself with the thought that in the last resort a country's policy will be decided by its economic needs and interests and that therefore the Germans of the future realising their need for economic stability will naturally see to it that their politics subserve their economics. I only wish that things would so work out that we could for this reason count in the future on a peaceloving and cooperative Germany but to misquote the Bible 'man does not live by bread alone but by every word that proceedeth from the mouth of his own particular god - whatever that god may be', for instance, some special ideology, a historical vendetta, a particular racial

²⁰ Vgl. Rolf Steininger (Hg.), Die Ruhrfrage 1945/46 (wie Anm. 1), Dok. 173, S. 828f. und S. 1015.

hatred, some specially virulent form of national patriotism or even a crude craving for revenge and self-assertion. On the altar of any one of these gods a people will often sacrifice its most obvious economic interests, nor can we dare to assume that the German people of the future will never again worship any such god, just because to worship him may involve economic sacrifice or physical hardships.”²¹

Die hier von O.G. Sargent vorgenommene Abwägung wirtschaftlicher Interessen gegenüber schieren Machtambitionen (“that their politics subserve their economics...”) entsprach britischen Traditionen und war als Geburtstagsgeschenk der britischen Besatzungsmacht an das junge Land Nordrhein-Westfalen vielleicht die beste Gabe, die für eine friedliche und gute wirtschaftliche Entwicklung an Rhein, Ruhr und Weser eingebracht werden konnte. Und diese Grundauffassung über ein ausgeglichenes Verhältnis von wirtschaftlichem und politischem Machtverständnis hat dann über die 1947 geschaffene Bizone und den Marshallplan von 1947/48 hinaus weiter positiv auf die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland gewirkt.

²¹ Ebd., Dok. 244, S. 998.